

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903**

28.7.1903 (No. 205)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 28. Juli.

№ 205.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf., durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einsendungsgebühr: die gepaltene Postzeitung oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Regenspostexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1903.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate August und September nimmt jede Postanstalt entgegen.**  
Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. Juli d. J. gnädigst geruht, dem Pfarrer August Baumeister in Flehingen die etatmäßige Amtsstelle eines katholischen Hausgeistlichen beim Männerzuchtshaus Bruchsal zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. Juli d. J. gnädigst geruht, den Notar Adolf Gooß in Pforzheim in den Amtsgerichtsbezirk Stodach zu versetzen.

Vom Justizministerium ist demselben das Notariat Stodach I zugewiesen.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Der württembergische Staatshaushalt. — Stuttgart, 26. Juli.

Der Staatshaushalt für 1903/04 ist aus den ständigen Verhandlungen wesentlich geberstert hervorgegangen. An den Ausgaben wurden 1,3 Millionen erspart, die Einnahmen um 5,6 Millionen erhöht, so daß das ursprünglich vorgesehene Zuschußanlehen von 7 Millionen sich erübrigte. Ungeachtet bleiben für die ganze Finanzperiode nur 88 000 M., die nötigenfalls aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse vorgezogen werden können. Bestehen bleibt freilich die Tatsache, daß das ganze Extraordinarium, die Ergänzungen für Staatsbauten, Nebenbahnen usw., die eigentlich aus ordentlichen Einnahmen befristet werden sollten, diesmal auf Anlehen genommen werden mußten, so daß, genau gesehen, immer noch ein Defizit von über 10 Millionen vorhanden ist. Auch die Beseitigung des Defizits im Ordinarium ist selbstverständlich nur eine rechnerische, und man darf vielleicht daran erinnern, daß als im Jahre 1902 im Reichsetat zum erstenmal eine Zuschußanleihe auftrat, der Reichstag zwar dieselbe gleichfalls durch Ummodellung des Etats rechnerisch beseitigte, daß aber tatsächlich das Etatsjahr 1902 für das Reich ein Defizit ergeben hat, das der seinerzeit vorgesehenen Zuschußanleihe nahezu gleichkommt. Wenn die nunmehrige Nachahmung dieses Experiments im württembergischen Landtag mehr vom Glück begünstigt werden sollte, so wird sich jedermann darüber aufrichtig freuen, aber es ist und bleibt das dann eben Glückssache. Im übrigen ist auf dem von der Kammer eingeschlagenen Wege sachlich nicht viel gewonnen. Gehen die Dinge so, wie die Kammer hofft, so würde nach den Intentionen der Regierung auch die Zuschußanleihe nicht begeben werden; tritt aber das jetzt wegdekretierte Defizit tatsächlich doch zu tage, so ist es sehr fraglich, ob auch nur die Zinsen, die sich aus der Zuschußanleihe ergeben hätten, wirklich für die eine Finanzperiode erspart werden, ob nicht vielmehr ein Ergänzungsanlehen notwendig werden wird. Gleichwohl wird man der Finanzkommission, die sich unter der Führung des Abg. Liesching der rechnerischen Beseitigung des Defizits mit Zähligkeit widmete, eine gewisse Anerkennung nicht verweigern können. Sind dabei auch bedauerlicherweise Abstriche an den Ausgaben mit unterlaufen, denen die Staatsregierung ihre Billigung nicht geben konnte, so haben der Eifer und die Konsequenz der Kommission doch wenigstens das Gute gehabt, daß man auch gegenüber allen Ansprüchen auf weitere Vermehrung der Personalausgaben, wie sie in zahlreichen Eingaben, insbesondere aus den unteren Beamtenklassen, vorlagen, fest und unbezweifelbar blieb; keine dieser Petitionen ist diesmal über die „Kennenntnismahme“ hinausgekommen. Die Erhöhung der Einnahmeposten vollzog sich vielfach unter bereitwilliger Mitwirkung, ja auf Anregung der Regierung, da seit der Aufstellung des Etatsentwurfs die wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach eine Besserung erfahren hatten, so insbesondere bei den Eisenbahnen und bei dem immer ergiebigeren Sparhahnen der württembergischen Finanzen, den Fortschritten. Zum Teil aber ist die Kammer allerdings

in den Einnahmen noch höher gegangen, als die Regierung raten und von sich aus vertreten konnte, und hier setzt nun auch eine der diesmal zu zahlreichen Meinungsverschiedenheiten der beiden Häuser der Ständeversammlung ein. Diese hat in einem, von ihrem Finanzreferenten Geh. Rat Dr. v. Schall erstatteten, ziemlich schwarzseherischen „Ueberblick“ das Programm aufgestellt, es möchte die Veranschlagung der Einnahmen so gehalten werden, daß wieder Reserven im ordentlichen Etat gewonnen werden können, denen dann die außerordentlichen Ausgaben tunlichst anzupassen wären. In der Zweiten Kammer dagegen herrscht zurzeit die Ansicht vor, daß die Ansammlung von Reichtümern vermieden werden sollte, man sieht dort in der „Reichtümmwirtschaft“ etwas Unsolides. Dieser Meinungsstreit hat übrigens mehr theoretische als praktische Bedeutung. In einem wie im anderen Fall wird es einfach darauf ankommen, bis zu welchem Grad man den sich anmeldenden Ausgaben sich versagen will und kann, und deshalb ist der einzige Weg, der wirklich zu einer dauernden Besserung der Finanzlage zu führen vermag, derjenige, den die Staatsregierung mit dem neuen Schuldenentlastungsgesetz eingeschlagen hat — vorausgesetzt freilich, daß die dadurch mehr in den Vordergrund der staatlichen Verpflichtungen gerückte Schuldenentlastung auch wirklich konsequent durchgeführt wird.

Noch sei zweier Einzelfragen gedacht, bei denen die Beziehungen zu den Nachbarstaaten bzw. zum Reich auf die württembergische Finanzverwaltung einwirken. Die eine ist das Postanweisungsverfahren. Hier hat bisher die württembergische Postverwaltung an die anderen deutschen Postgebiete vorzügliche Mehrerträge zu machen, die einen nicht unbeträchtlichen Zwischensatz erfordern. Neuerdings sind nun auf Anregung der württembergischen Postverwaltung die Abschlagszahlungen der fremden Postverwaltungen für diese Mehrerträge von seither  $\frac{1}{4}$  auf  $\frac{1}{10}$  des Guthabens erhöht worden, auch erfolgen sie statt bisher monatlich einmal (bzw. seitens Bayern dreimal) künftig sechsmal. Dadurch ermäßigt sich die für den Voranschlag erforderliche Zinssumme auf etwa die Hälfte. Die andere Frage betrifft die Vorschüsse der Einzelstaaten an das Reich. Es müssen nämlich die Matrikularbeiträge monatlich zum Voraus in gleichen Raten zur Reichshauptkasse abgeliefert werden, während die Ueberweisungen an Zölle und Reichssteuern vierteljährlich erfolgen. Die Folge ist eine fortgesetzte Steigerung des für die württembergische Staatshauptkasse nötigen Betriebs- und Vorratskapitals. Alle Bemühungen der Regierung, einen vorteilhafteren Abrechnungsmodus zu erreichen, sind bisher ohne Ergebnis geblieben. Jetzt sind beide Kammern der Regierung zur Seite getreten mit einem Antrag, der ein Erfuchen an den Bundesrat bedeutet, jenen für die Einzelstaaten nachteiligen Zustand abzustellen.

### Steuerfragen in Elsaß-Lothringen.

SRK. Straßburg, 26. Juli.

Die von dem Leiter der elsass-lothringischen Finanzverwaltung, Herrn Unterstaatssekretär von Schraut, vor etwa 12 Jahren begonnene und Schritt für Schritt durchgeführte Umwandlung der Gesetzgebung der direkten Steuern hat mit den neuen Gesetzen über Kapitalsteuer und Lohn- und Besoldungssteuer, sowie mit dem Gesetz über die Verwendung der Erträge dieser beiden Steuern ihren Abschluß gefunden. Am 1. April d. J. sind nun das Gesetz über die Kapitalsteuer und das Gesetz über die Lohn- und Besoldungssteuer in Kraft getreten. Durch die neue Steuerreform ist die Personal-Mobiliarsteuer mit einem Ertrage von 2 203 063 Mark aufgehoben, die Grundsteuer um einen Betrag von 938 000 M. und die Gebäudesteuer um einen Betrag von 304 000 M. ermäßigt worden. Zur Deckung dieses Ausfalls von 3 445 063 M. sind die Erträge der Kapitalsteuer und der Lohn- und Besoldungssteuer bestimmt.

Die Arbeiten für die Veranlagung der beiden neuen Steuern sind jetzt für das ganze Land so weit durchgeführt, daß sich das Ergebnis im allgemeinen übersehen läßt. Darnach beträgt das Einkommen (für den Staat) der Kapitalsteuer 1 962 607 M. und dasjenige der Lohn- und Besoldungssteuer 1 359 060 M., zusammen 3 321 667 Mark. Der oben bezeichnete Ausfall wird hiernach bis auf 123 396 M. gedeckt. Das Ergebnis ist günstiger als im Etat für 1903 angenommen war, der die Erträge der neuen Steuern niedriger, und also den ungedeckten

Betrag höher veranschlagt hat. Zweifellos wird jener noch ungedeckte Betrag von selbst durch weitere Zugänge bei den neuen Steuern ausgeglichen werden.

Von den Erträgen der Kapital-, Lohn- und Besoldungssteuer entfallen auf die Gemeinden mit mehr als 30 000 Einwohner, also mit 19,5 Proz. der Gesamtbevölkerung, 1 570 888 M. = 47,3 Proz. des Gesamtertrags; auf die Gemeinden mit 10 000 bis 30 000 Einwohner, also mit 4,6 Proz. der Gesamtbevölkerung, 282 002 M. = 8,5 Prozent des Gesamtertrags; auf die Gemeinden mit 5000 bis 10 000 Einwohner, also mit 9,2 Proz. der Gesamtbevölkerung, 397 815 M. = 12 Proz. des Gesamtertrags und auf die Gemeinden mit unter 5000 Einwohner, also mit 66,7 Proz. der Gesamtbevölkerung, 1 070 962 M. = 32,2 Proz. des Gesamtertrags. Hiernach entfällt also der überwiegende Teil der neuen Ertragssteuern auf die größeren Gemeinden, in welchen die Kapitalbesitzer, sowie die Lohn- und Besoldungssteuerpflichtigen zum weitaus größten Teil ihren Wohnsitz haben, während die Landgemeinden nur im geringeren Verhältnis am Aufbringen beteiligt sind.

Noch deutlicher zeigt sich die Wirkung der neuen Steuer-gesetzgebung, wenn man die Erträge der Kapital-, Lohn- und Besoldungssteuer in Vergleich stellt mit dem Ertrag der bisherigen Personal-Mobiliarsteuer, deren Aufhebung eine der einschneidendsten Maßnahmen der Steuerreform bildet. Darnach brachte bei der Personal-Mobiliarsteuer die oben erwähnte erste Gruppe der Gemeinden bis jetzt 732 950 M. = 33,3 Proz. des Gesamtertrags auf, während sie nunmehr 1 570 888 M. = 47,3 Prozent des Gesamtertrags aufzubringen hat, sowie die vierte letzte Gruppe bis jetzt 1 145 180 M. = 52,0 Proz. und nunmehr 1 070 962 M. = 32,2 Proz.

Es ergibt sich hieraus, daß die Aufhebung der Personal-Mobiliarsteuer, abgesehen von der Ermäßigung der Grundsteuer, zu einer durchgreifenden Entlastung der kleineren, weniger leistungsfähigen Gemeinden hinsichtlich der Staatssteuern geführt hat. Diese Entlastung kommt, soweit es sich um die einzelnen Steuerpflichtigen handelt, in erster Linie den Landwirten und den Gewerbetreibenden zu gute, deren Einkommen ausschließlich aus ihrer landwirtschaftlichen oder gewerblichen Tätigkeit entsteht.

### Das Polentum in Oberschlesien.

— Breslau, 25. Juli.

Welche Bedeutung von polnischer Seite dem Wahlsiege des radikal-polnischen Kandidaten für den Kreis Kattowitz, Korfanty, beigelegt wird, der gegen den Zentrums-kandidaten Letocha mit einer Mehrheit von 675 Stimmen gewählt wurde, zeigt folgende Kundgebung, die vom Vorstand des polnischen Wahlvereins für Schlesien erlassen und außer Gornoslazak (Kattowitz) noch in drei anderen Organen der in polnischer Sprache erscheinenden Presse Oberschlesiens veröffentlicht ist. Es heißt darin nach heftigen Ausfällen gegen das Zentrum und die sogenannten „Germannisationsgeistlichen“ u. a.:

„Es handelt sich bei den diesjährigen Wahlen für uns um die Schaffung eines Fundamentes, auf dem sich in den folgenden Jahren die national-polnische Aktion in Schlesien entwickeln sollte. . . . Der Ausfall der Wahlen hat unsere Erwartungen übertroffen! Trotz der unerhörten Vergewaltigungen. . . . haben wir um unsere Fahne eine Wehr von rund 45 000 Mann geschart. Das ist ein festes Fundament, auf dem man sicher den Palast der nationalen Wiedergeburt in Schlesien bauen kann. Der 25. Juni wird in der Geschichte Schlesiens ewig ein Gedenktag sein. An diesem Tage darf durch den Widerstand der polnischen Wähler das Bollwerk jener Mauer, die sechs Jahrhunderte hindurch Schlesien von dem Reste unserer Brüder trennte. Auf der Bresche jener Mauer steht jetzt der Abgeordnete Korfanty, um in die polnische Fraktion einzuziehen; mit dieser Tatsache vereinigen sich nach sechs Jahrhunderte langer Trennung die schlesischen Fluren mit Polen, sei es zum Guten oder Bösen, gib Gott für ewig. — Dies ist der Anfang dessen, wonach wir streben müssen. Landsleute! Die Bresche ist geschlagen, erweitert sie immer mehr, auf daß durch sie der reißende Strom der nationalen Aufklärung sich immer mehr Durchbruch schaffen kann! Möge jeder von euch nach seinen Kräften diesem Strom etwaige Steine und sonstige Hindernisse wegräumen, auf daß er sich verbreiten und die ganzen schlesischen Gefilde überfluten kann!“

Es kann nicht ausbleiben, daß der Gewinn eines bisher in angefallenen Besitz der Zentrumsparthei befindlichen

Mandats die Wirkung der allpolnischen Propaganda in Oberschlesien erheblich erhöhen und der polnischsprachigen Bevölkerung der ober-schlesischen Industriebezirke das Vertrauen in die eigene Kraft steigern muß.

### Die deutsche Handelsflotte.

\* Von der Entwicklung der deutschen Handelsflotte, die im letzten Jahre ein langsames Tempo eingeschlagen hat, geben folgende Betrachtungen des neuesten Nauticus ein anschauliches Bild. Auf deutschen Werften wurden im Jahre 1902 227 Dampfschiffe mit 212 283 Brutto-Registertonnen fertig gestellt (1901 230 mit 260 999 Tonnen), dazu 280 Segelschiffe mit 58 715 Tonnen (1901 211 mit 30 704 Tonnen). Hieraus ergibt sich bei den Dampfern eine merkliche Abnahme, welche durch die Zunahme bei den Seglern nicht ausgeglichen wird. Interessant ist indessen die Wiederkehr der Tatsache, daß die Segler sofort mehr zum Vorschein kommen, sobald nicht größte Leistungsfähigkeit, sondern größte Sparsamkeit die Hauptsache wird. Bei weitem beträchtlicher noch erscheint der Rückgang in den laufenden Neubauten. Anfang 1903 blieben nur 121 Dampfer mit 255 977 Tonnen im Bau gegenüber 142 Dampfern mit 317 080 Tonnen Ende 1901 und 152 mit 321 397 Tonnen Ende 1900. Bei den Segelschiffen sind zurzeit 22 310 Tonnen im Bau, das sind 8000 Tonnen weniger als im Vorjahre. In diesen Zahlen sind die Kriegsschiffbauten, die kleineren Segelschiffe unter 100 Tonnen, sowie die Spezialfahrzeuge wie Schlepper, Leichter, Eisbrecher und Vaggar mit einbegriffen. Bringt man diese in Abzug, so ergibt sich, daß von großen Seeschiffen der Kaufmannsflotte im Jahre 1902 55 Dampfer mit 161 833 Tonnen fertig gestellt wurden (1901 210 218, 1900 213 984 Tonnen), dazu 13 Segelschiffe mit 11 525 Tonnen (1901 5813, 1900 11 258 Tonnen). Im Bau blieben 177 531 Dampfer- und 7958 Segler-Tonnen (1901 230 743 und 9563). Von den fertig gestellten Neubauten wurden indessen 8 Seeadampfer mit 20 811 Tonnen für fremde Rechnung gebaut, während deutsche Reedereien 16 Dampfer mit 37 374 Tonnen (1901 noch 26 Dampfer mit 105 122 Tonnen) und 8 Segelschiffe mit 9887 Tonnen im Auslande fertig stellen ließen. Zurzeit sind nur noch 2 Dampfer mit 3000 Tonnen und 2 Segelschiffe für deutsche Rechnung im Auslande im Bau. Das Bestreben, bereits bestellte Schiffsbauten rückgängig zu machen oder den Zeitpunkt ihrer Ablieferung hinauszuziehen, ist eine charakteristische Begleiterscheinung der augenblicklichen Krise. Die Neubauten, welche zurzeit noch in Arbeit sind, betreffen, soweit es sich nicht um den Ersatz alter oder verloren gegangener Schiffe handelt, meist bestimmte Schiffsklassen, welche für die Fahrten nach West- und Ostafrika, Mexiko, Brasilien und für die Küstenschifffahrt bestimmt sind. Für diese Schiffsarten ist auch trotz der sonst ungünstigen Lage der Schifffahrt ein Bedarf vorhanden. Im übrigen haben die Reedereien ihre Bestellungen eingeschränkt; eine vollständige Aufgabe jeglicher Neubauten ist natürlich nicht möglich, da die stets wachsende räumliche Ausdehnung der deutschen Schifffahrt im internationalen Wettbewerb dauernd mehr Schiffe erfordert und sich auch die deutschen Reedereien bereit halten müssen, um beim Einsetzen einer günstigeren Konjunktur den Wettbewerb überall wohl gerüstet aufnehmen zu können. So lange Englands Flotte, in absoluten Zahlen ausgedrückt, immer noch ungefähr dreimal so stark wie die unsere Reederei, darf ein ungünstiger Jahresertrag unsere Reederei in ihrem stetigen Fortschreiten nicht aufhalten und erschrecken. Nur das Maß, nicht die Richtung der Vorwärtsbewegung darf sich ändern.

### Der englische Wirtschaftsverkehr.

London, 25. Juli.

Die für den 21. d. M. angekündigten Verhandlungen der Londoner Handelskammer über die vorgeschlagene Reform der britischen Zoll- und Handelspolitik haben stattgefunden, ohne daß es jedoch zu einer entscheidenden oder auch nur zu einer bestimmten Stellungnahme dieser kommerziellen Körperschaft gekommen wäre. Vielmehr sind innerhalb der Kammer außerordentlich scharfe Differenzen über die strittige Frage zutage getreten, so daß an eine Vereinigung der gegensätzlichen Meinungen nicht im entferntesten zu denken war, die Verhandlungen vielmehr vertagt werden mußten. Dieses Ergebnis erscheint um so bemerkenswerter, als die Londoner Handelskammer in höherem Maße als irgend ein anderes gleichartiges Institut Großbritanniens, ja vielleicht aller Länder zahlreiche und in volkswirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht gleich wichtige Interessen vertritt. Das einzige Entgegenkommen, welches die Kammer dem Vorschlage einer Aenderung des Handelsystems bezeugte, bestand darin, daß das endgültige Ergebnis der Untersuchungen über den auswärtigen Handel des britischen Reiches abgewartet werden solle, ehe weitere Schritte erfolgen.

Dieses Ergebnis wird nach den jüngsten Veröffentlichungen des Handelsamtes darin charakterisiert, daß in den 21 Jahren von 1881—1902 die englische Einfuhr von 399 auf 528 Millionen Pfunds, also um 129 Millionen, die Ausfuhr dagegen von 295 auf 349 Millionen Pfunds, also nur um 54 Millionen Pfunds gewachsen ist. In welchem Verhältnis aber stehen die britischen Kolonien und das Ausland zu diesem Handelsverkehr? An der 528 Millionen betragenden Einfuhr ist das nichtenglische Ausland mit 421 Millionen Pfunds, oder mit nahezu vier Fünftel

der gesamten Einfuhr beteiligt. Auf die Kolonien mit selbständiger Verwaltung entfallen gegenwärtig 60 Millionen Pfunds, gegen 42,5 Millionen im Jahre 1882, und auf die übrigen Kolonien 47 Millionen Pfunds, gegen 51,5 Millionen Pfunds im Jahre 1882. An der Zunahme der englischen Gesamteinfuhr, die, wie oben erwähnt, in den letzten 21 Jahren 129 Millionen Pfunds betrug, sind beteiligt das Ausland mit 116 Millionen, die selbständigen Kolonien mit 17,5 Millionen und die übrigen Kolonien, außer Indien, mit 2,5 Millionen Pfunds. Die Einfuhr aus Indien ist seit 1882 von 35 auf 28 Millionen Pfunds zurückgegangen, so daß also die Einfuhr aus Ostindien des britischen Reiches nur um 13 Millionen Pfunds, oder um ein Zehntel der gesamten Einfuhrvermehrung, die Einfuhr aus dem nichtenglischen Auslande aber um 116 Millionen oder um nahezu neun Zehntel der gesamten Einfuhrvermehrung gestiegen ist.

Nach der Seite der Ausfuhr ergibt sich folgendes Bild der Entwicklung des englischen Handels seit 1881. Von den gewonnenen 54 Millionen Pfunds sind in Abzug zu bringen 8 Millionen für nichtenglische und koloniale Produkte, die über englische Häfen verkauft wurden, so daß die tatsächliche Ausfuhrsteigerung nur 46 Millionen Pfunds, oder etwa den dritten Teil der Einfuhrzunahme ausmacht. Dieses Plus der letzten 21 Jahre verteilt sich mit 26 Millionen Pfunds auf Indien und die Kolonien, mit nur 20 Millionen auf das Ausland. Bei Beginn der in der Uebersicht behandelten Periode empfingen Indien und die Kolonien Ware im Werte von 151 Millionen Pfunds. Im letzten Jahre betrug der Wert der Ausfuhr nach den Kolonien 107 Millionen, nach dem Auslande 170 Millionen Pfunds; die erstere ist also um nahezu 30 Proz., die letztere nur um etwa 13 Proz. gestiegen. Was die englische Ausfuhr nach Deutschland betrifft, so ist sie seit 1900 sehr bedeutend, und zwar von 840 auf 610 Millionen Pfunds gefallen, während andererseits die englische Einfuhr von Deutschland in demselben Jahre von 912 auf 965 Millionen Pfunds gestiegen ist.

### Orientpolitik.

#### Türkische Finanznot.

D Konstantinopel, 24. Juli. Wie verlautet, habe der türkische Finanzminister, Reshad Pascha, dem Sultan die Demission überreicht, welche jedoch nicht angenommen worden sei. Anlaß zu diesem Schritte habe eine vom Bildiz nachdrücklich gestellte Forderung gegeben, daß den Beamten ein einmonatlicher Gehalt ausbezahlt werde. Da zur Erfüllung dieser Forderung 250 000 türkische Pfunde zur Verfügung sein müßten, während die Kasse des Finanzministers nur über 32 000 türkische Pfunde verfügte, habe sich der Minister bestimmt gefunden, seine Entlassung zu erbitten. Man ist allgemein der Ueberzeugung, daß es schwer fallen wird, den ganzen erforderlichen Betrag aufzubringen, und daß man die schon seit längerer Zeit angedenkte Praxis wieder befolgen wird, nur Teilerträge der Gehalte auszuzahlen. Trotz der wiederholten Trädels und der Einsetzung von Sonderkommissionen zur Regelung der Frage der Gehaltsauszahlung, hat man noch immer kein Mittel gefunden, um aus dieser nun schon seit Jahren dauernden Situation herauszukommen. Gegenwärtig sind die Beamten- und Offiziersgehälter und der Truppenlohn seit vier Monaten im Rückstande. Die Pensionen werden noch unregelmäßiger gezahlt. Die Verlegenheit für die macedonischen Vilajets, insbesondere für die Aufrechterhaltung der großen Truppenmacht, erreichen eine solche Höhe, daß die betreffenden Provinzen nicht nur gar nichts nach Konstantinopel abliefern können, sondern für sie noch bedeutende Summen erforderlich sind. Es sei feststehend, daß die Pforte ohne außerordentliche größere Geldbeschaffung über diese Krise nicht hinwegkommen könne.

#### Die Türkei und Bulgarien.

D Konstantinopel, 24. Juli. Die verschiedenen Kundgebungen aus Sofia, welche fortwährend Verhandlungen zwischen der Pforte und der bulgarischen Regierung, allerlei türkische Zugeständnisse und sogar eine förmliche Verständigung zwischen den beiden konstatieren, entsprechen nicht vollkommen den Tatsachen. Beiderseits sind wohl die besten Dispositionen vorhanden, die gegenseitigen Beziehungen, welche in der letzten Zeit gelitten haben, wieder zu verbessern. Diese Bemühungen werden auch von allen Seiten gerne gesehen und unterstützt; aber die erwähnten Kundgebungen geben zweifellos über das tatsächliche Erreichte und das von beiden Seiten Angestrebte hinaus.

Die jüngsten bulgarischen Bestellungen von Kriegsmaterial erregen anhaltend die Aufmerksamkeit der türkischen politischen Kreise und es werden im Hinblick auf die bekannt gemordenen Lieferzeiten (die Gewehre innerhalb fünf Monaten, die zehn Millionen Gewehrpatronen in drei Partien zu je ein Drittel am 4. August, 4. September und 4. Oktober, und die Geschützmunition von Kreuzot und Krupp in einem Monat) verschiedene Vermutungen laut. Hierzu kommen die fortwährenden Meldungen der Grenzkommandanten und der zahlreichen türkischen Konsulanten in Bulgarien über angebliche eifrige Kriegsrüstungen im Fürstentum. Der größte Teil dieser Mitteilungen stammt von Personen ohne genügendes militärisches Verständnis, welche die ihnen zukommenden Nachrichten und Gerüchte nicht kritisch zu behandeln wissen und sie als feststehende Tatsachen melden. Auch an den Zentralstellen in Konstantinopel werden diese Meldungen nicht entsprechend gesichtet und sie beeinflussen daher oft in unrichtiger und ungünstiger Weise die Dis-

positionen der maßgebenden Stellen. In den berufenen militärischen Kreisen werden dagegen derartige unbestätigte Nachrichten entsprechend beurteilt und auch von der Bestellung von Kriegsmaterial hat man die richtige Auffassung. Ohne die etwaigen Zukunftspläne Bulgariens zu untersuchen, wird auf die unbestrittene Tatsache hingewiesen, daß jede gut verwaltete Armee schon im Frieden den vollen Stand der festgesetzten Kriegsmunition besitzen müsse, was bei der bulgarischen Armee gegenwärtig nicht der Fall ist. Die einfache Kompletierung dieser Abgänge könne daher keineswegs als eine außerordentliche Rüstung für einen bevorstehenden Krieg gedeutet werden.

### Cypern.

≠ Athen, 24. Juli. Seit geraumer Zeit pflegen die Griechen auf Cypern bei irgend wie geeigneten Gelegenheiten Kundgebungen für die Vereinigung dieser Insel mit Griechenland zu veranstalten. In der griechischen Presse wird dadurch der Unmut der mohammedanischen Bevölkerung erregt, zu deren Beschwichtigung englischerseits schon wiederholt erklärt wurde, man denke nicht daran, auf die Verwaltung Cyperns zu verzichten. Kürzlich nun kam es im gesetzgebenden Rate der Insel zu einer mohammedanischen Gegendemonstration, indem eines der drei mohammedanischen Mitglieder desselben, Dewisch Pascha, den Vorschlag einbrachte, Cypern möge im Falle eines Verzichtes Englands an die Türkei zurückgegeben werden, zu der die Insel staatsrechtlich gehört. Der betreffende Antrag, gegen den die neun griechischen Mitglieder stimmten, wurde mit den Stimmen der mohammedaner, sowie des Oberkommissars und der sämtlichen übrigen englischen Mitglieder genehmigt. Infolgedessen veranstalteten die Griechen in Larnaka und in Nicosia ein Protestmeeting, in denen sie ihrer Bestimmung über die Haltung des Oberkommissars und der übrigen englischen Funktionäre Ausdruck gaben und abermals auf die Sehnacht der Mehrheit der Bevölkerung nach dem Anschlusse an Griechenland hinwiesen. In der Versammlung zu Limassol wurde sogar der Beschluß gefaßt, sich jeder anderen definitiven Lösung der „cyperischen Frage“ mit Gewalt zu widersetzen. In Athen wurden die Meldungen aus Cypern, wenn auch nicht ganz ohne Empfindlichkeit so doch mit Ruhe aufgenommen. So führte „Empros“ in einem Artikel aus, über das Schicksal Cyperns werde ohnehin in absehbarer Zukunft nicht entschieden werden. Delhannis soll geäußert haben, die englischen Mitglieder des gesetzgebenden Rates in Cypern hätten nur deshalb mit den mohammedanern getimmt, weil England die Insel behalten wolle. Denn die Vereinigung Cyperns mit Griechenland wäre möglich, die Wiedervereinigung der Insel mit der Türkei jedoch ein Ding der Unmöglichkeit.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 27. Juli.

(Trauerfeier für Papst Leo XIII.) Der vom Erzbischöflichen Ordinariat angeordnete Montag, den 27. Juli, wurde am Vorabend durch einstündiges Glockengeläut von allen Kirchen der Stadt durchgeführt. Die Trauerfeier in der St. Stefanskirche, der auch Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max beizuwohnte, begann vormittags 10 Uhr. Schon vor Beginn der Feier war die Kirche von Gläubigen dicht besetzt. Zur Feier waren u. a. erschienen die Herren Staatsminister v. Trauer, der Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Hr. v. Dusch, Geh. Rat Dr. Reinhard, Geh. Rat Zos, Oberstleutnant v. Offenberg, Land-Verwalter, Ministerialdirektor Hübsch, dem Gottesdienste wohnten ferner hohe Offiziere, der Oberbürgermeister, an der Spitze Herr Präsident Fejer, Vertreter der Stadt und der Schulen an. Die Trauerrede hielt Herr Stadtdelan Knörzer. Nach Schluß derselben gelebte Stadtpater Knörzer, unter Assistenz zweier Kapläne, das feierliche Requiem. Während desselben wurde mit Orgelbegleitung vom gesamten Kirchenchor und dem Streichorchester der Leibgardiekapelle das oberbairische Requiem mit großer Präzision vorgetragen. Unter den vielen prachtvollen Kranzspenden sind besonders die der heiligen katholischen Lehrerin der Aktiengesellschaft „Badenia“ und des hohen Adels hervorzuheben.

(Schriftsteller- und Journalistenverein.) Die für morgen, Dienstag, abends nach Schluß der Theater, angekündigte gefellige Zusammenkunft findet nicht wie es in den Einladungen heißt im Eintrachtsgarten, sondern im Gartensaal des Museums (Ede Ritter- und Blumenstraße) statt.

(Stadtgärtentheater.) Die eingeschobene Vorstellung am Samstag brachte eine Wiederholung der „Schöne Helena“ in überaus gelungener Aufführung, bei teils neuer Rollenbesetzung. Das Orchester, unter der mit künstlerischer Geschmeidigkeit durchgeführten, gewandten und sicheren Leitung des Herrn Kapellmeisters Groß, sowie die durchweg sehr anerkanntenswerten Leistungen der Darsteller und auch des Chors, ließen Offenbachs graziöse, prickelnde Musik, in der unendlich viel mehr edle Komik liegt, als in all den vielen Italauern des ersten Aktes, zu besser Wirkung kommen. Hr. Navaara war wieder in Gesang und Darstellung eine glänzende Helena; Herr Remesler, der sich besonders durch seinen vorzüglichen Niederorttrag auszeichnete, stand ihr als Paris ebenbürtig zur Seite. An der geistlichen, durchschlagender Komik leisteten die Herren Sternreiter (Menelaus) und Melzer-Burg (Kalchas) das menschlichste Licht, auch die beiden Hage (dargestellt von den Herren Glöckner und Corvill), sowie Agamemnon (Herr Richter) und Achilleus (Herr Bedau) taten ihre Schuldigkeit. Nichts geht aber über die Damen Rainer und Förschu, in der Art und Weise, wie sie die kleinen Rollen der Orestes und Polydes durch ihr flottes bewegliches Spiel hervorzuheben und zu beleben wußten. Die beiden Rollen dürften kaum je in solchem Maße die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben, wie bei dieser Aufführung. Nicht zum wenigsten galt der laute Beifall und der stürmische Nachfolg Hr. Rainer und Hr. Förschu, die sich durch Nebenrolle dieser an sich bescheidenen Rollen sehr verdient gemacht die kleinen Rollen des Orestes und Polydes durch ihr flottes Spiel, bei der insolge einer Unpäßlichkeit Hr. Navaaras, Hr. Förschu die nicht leichte Rolle der Laura in letzter Stunde über-

nommen hatte und sehr anerkennenswert durchführte, fand vor ausbedingtem Hause eine sehr dankbare Aufnahme.

Man schreibt uns: Morgen, Dienstag, den 28. Juli, findet eine Aufführung der Operette „Die Geisha“ mit Fräulein Hildegard Wegner vom Königl. Wilhelmtheater in Stuttgart als Gast statt. Fräulein Wegner singt die Partie der Mimosa.

(Aus dem Polizeibericht.) Das 2. bayrische Artillerie-Regiment ist gestern abend 6 Uhr 15 Minuten mittels Sonderzuges von Metz nach dem Lechfeld hier durchgezogen. Eine 74jährige Frau wurde gestern nachmittag an der Kreuzung der Karls- und Kurvenstraße von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Glücklicherweise hat sich die Frau nur einige leichte Hautabschürfungen am linken Arm und am Kopfe zugezogen. Ein Kuchendrad ist gestern abend halb 10 Uhr in einem Haus in der Morgenstraße entzündet, der von den Hausbewohnern ohne fremde Hilfe gelöscht werden konnte. Der Mobiliar- und Gebäudeschaden ist unbedeutend. Wegen Unterschlagung wurde ein aus Pforzheim gebürtiger Goldarbeiter angezeigt, der dringend verdächtig ist, Schmuckstücke, welche er zur Reparatur erhielt, anderweitig verwendet und sich von hier entfernt zu haben. Aus der Waldhornstraße wurde eine Frau und deren Tochter Körperverletzung angezeigt, weil sie ihr 17 Jahre altes Kind demnach nicht mäßig handelte, daß es mehrere Verletzungen am Kopfe davon trug. Ein falsches Einmännlein mit der Jahreszahl 1887 und dem Wappzeichen A, das als echtes ausgegeben, wurde angehalten. In der Nacht zum 28. d. M. wurde an der Seepromenade in zwei eingetragene Grundstücke eingestiegen, die darin befindlichen Gartenhäuschen erbrochen und daraus ein Flobertgewehr, zwei Spiegel, 1 Stuhl, 1 Teppich, weiße Vorhänge, eine Tabakspfeife, im Gesamtwerte von etwa 30 M., gestohlen. Auf dem Wochenmarkt in der Karl-Friedrichstraße kamen am 23. d. M. einer Frau zwei Körbe voll Heidelbeeren abhanden.

Baden, 26. Juli. Letzte Woche waren 25 Jahre verfloßen, seit Herr Stadtpfarrer Ludwig seines Amtes als Seelsorger der hiesigen evangelischen Gemeinde walte. Aus diesem Anlasse veranstaltete gestern abend die evangelische Gemeinde in „Sinner's Saalbau“ einen Familienabend und der außerordentlich zahlreiche Besuch desselben war ein sprechendes Zeugnis dafür, welcher Liebe und Verehrung sich der Jubilar in allen Kreisen der Bevölkerung zu erfreuen hat. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Liedervortrag des evangelischen Kirchenchors. Die Predigt hielt Herr Professor Herrmann, welcher ein Bild von dem Wirken des Herrn Stadtpfarrers Ludwig gab. Weiter sprachen noch Herr Vikar Dr. Hoff, namens der früheren und jetzigen Vikare; Herr Hauptlehrer Uhl, namens der evangelischen Lehrerschaft, und Herr General v. Parfava über den Wohlstand der Gemeinde. Herr Buchhändler Faber brachte auf Frau Stadtpfarrer Ludwig ein Hoch aus und Herr Professor Herrmann widmete der evangelischen Gemeinde einen Trinkspruch. Herr Stadtpfarrer Ludwig dankte für alle die Wünsche, welche ihm dargebracht wurden und schloß mit einem Hoch auf das Zusammenhalten der Glieder der evangelischen Gemeinde. Im Laufe des Abends gab der Vorstand des evangelischen Kirchenchors bekannt, daß der Jubilar zum Ehrenmitglied desselben ernannt worden sei. Auch die Konfirmanten brachten dem Jubilar im Laufe des Abends ihre Gratulation dar. Den Abschluß der Jubiläumfeier bildete ein, heute vormittag in der Kirche abgehaltener Festgottesdienst.

### Landesversammlung der badischen Gewerbevereine.

Durlach, 26. Juli.

Hier fand heute die Landesversammlung der badischen Gewerbevereine statt, die mit einer Ausschussung am Samstag Abend ihren Anfang nahm. Um 10 Uhr am Sonntag Vormittag begannen im Rathsaal die Verhandlungen. Der Landespräsident, Stadtrat Niederebühl-Nastatt, begrüßte die Eröffnungsreden, besonders Herrn Landeskommissar, Geh. Oberregierungsrat Braun, Herrn Reg.-Rat Mattenloht, Herrn Oberregierungsrat Lange vom Statistischen Landesamt, den Amtsvorstand von Durlach, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Turban, den Bürgermeister Herrn Dr. Reichard, Herrn Landtagsabgeordneten Fischer, Herrn Stadtrat Klein-Baden, sowie den Verbandsamtsrat der Genossenschaften, Dr. Gröger, u. a. Der Vorsitzende dankte Herrn Geh. Oberregierungsrat Braun für das Wohlwollen, welches er der Handwerkerfrage entgegen bringe und dankte zum Schluß für die auf ihn gefallene Wahl als Landespräsidenten. Hierauf wurde an Seine königliche Hoheit den Großherzog ein Ergebnis-telegramm abgefaßt. Ferner machte der Vorsitzende Mitteilung von einem Schreiben des früheren Präsidenten Dietrich, welcher seinen Dank für die Ernennung zum Ehrenpräsidenten zum Ausdruck brachte, als auch über einen Vortrag des Gewerbevereins u. Handwerkerverbandes Mannheim, der verfaßt eingelaufen sei u. lautet: „Warum fiel in Mannheim das Mittelpreisverfahren“, Referent König-Mannheim. Der Vorsitzende richtete an die Versammlung die Anfrage, ob dieser Vortrag heute noch zur Besprechung gelangen solle, was mit großer Majorität bejaht wurde. Herr Geh. Oberregierungsrat Braun: Ich habe die Versammlung im Auftrag der Großh. Regierung zu begrüßen und ich darf auch im Namen der übrigen Herren hinzufügen, daß wir gerne zu Ihrer Tagung hier erschienen sind. Wir freuen uns darüber, daß Sie heute ein besonders zweckmäßiges Thema, das Genossenschaftswesen, zum Mittelpunkt Ihrer Tagesordnung gemacht haben. Sie wissen, daß die Regierung den genossenschaftlichen Zusammenschluß empfohlen hat, nicht als Universalmittel, das alle Schäden im Handwerk heilen wird, wohl aber als eines der Mittel im Konkurrenzkampf gegen die Großindustrie. Es ist sehr zu begrüßen, daß Sie für Besprechung dieses Themas einen so hervorragenden sachverständigen, in Theorie und Praxis des Genossenschaftswesens gleich erfahrenen Mann (Dr. Gröger-Charlottenburg) genommen haben. So dürfen wir hoffen, daß die ausgetretene Saat guten Boden findet und reiche Früchte trägt. (Beifall.) Namens der Stadt Durlach begrüßte Herr Dr. Reichard die Eröffnungsreden. Nunmehr wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Präzedenzliste ergab die Anwesenheit von 134 Vereinen. Der Sekretär des Landesverbandes, Herr Krumm, machte verschiedene Mitteilungen über Eingaben an Behörden. Zur Besprechung des Jahresberichtes ergriff nur Handwerkerkammerpräsident Beha-Freiburg das Wort. Den Jahresbericht erstattete Präsident Niederebühl und fand denselben einstimmig Annahme. Bei Punkt 4 fanden eine Anzahl neuer Vereine Aufnahme in den Verband. Punkt 5 der Tagesordnung betraf die Erweiterung der Normalstatuten der Gewerbevereine. 1. Der Landesausschuß stellt den Antrag: Angehängt wird, und zwar: „§ 10a. Im Falle des Austritts oder Todes ein Mitglied, sowie bei Eröffnung des Konkurses über das Vermögen eines Mitgliedes scheidet dasselbe aus dem Verein aus und verliert damit jeden Anteil am Vereinsvermögen.“ Seite 2. Die Landesversammlung wolle genehmigen: „§ 4a. Jeder Verbandsverein ist statutarisch verpflichtet, auf seine Kosten mindestens ein Exemplar des Verbandsorgans zu

halten.“ Beide Anträge fanden einstimmige Annahme. Der sechste Punkt betraf die Genehmigung des Vertrages des Verbandsorgans mit dem Gewerbeverein und Handwerkerverband Mannheim. Der Vertrag mit seinen 10 Paragraphen wurde einstimmig angenommen. Herr König machte in humorvoller Weise die Delegierten auf die drei Worte inserieren, korrespondieren und abonnieren aufmerksam, wenn das Blatt gut prosperieren soll. Beim siebten Punkt der Tagesordnung hielt der Genossenschaftsverbandsamtsrat, Herr Gröger-Charlottenburg, einen Vortrag über das Genossenschaftswesen. In fesselnder Weise verbreitete sich Redner über das Genossenschaftswesen in seinen verschiedenartigen Formen und gab zum Schluß einige Erläuterungen über die Grundpfeiler der Organisation einer Genossenschaft. Reichem Beifall wurde dem ausgezeichneten Redner und Kenner zu teil. Hoffmann-Bruchsal empfahl die Drucklegung dieses ausgezeichneten Vortrages, welchen Ausführungen sich Leonhard-Mannheim unter Darlegung der guten Verhältnisse der Gewerbebank Mannheim (Genossenschaft), anschloß. Präsident Niederebühl-Nastatt verlesete die Beschlüsse der Versammlung in Nassau. Punkt 8 betraf die Festlegung des Ortes der nächsten Landesversammlung und wurde Baden-Baden vorerit gewählt. Sollte dort nächstes Jahr keine Ausstellung stattfinden, so bleibt es dem Landesausschuß überlassen, wo die nächste Landesversammlung stattfindet. Unter Punkt 9 Mitteilungen und Wünsche bemängelt Streihguth-Lahr, daß das amtliche Ergebnis der Lehrlings- und Gesellenarbeitsausstellung so lange auf sich warten ließe. Redner glaube, es würde besser sein, wenn jeder Verein seine Ausstellung für sich getrennt abhalte. Geh. Oberregierungsrat Braun: Zur Verzögerung der Sache habe besonders beigetragen der Umstand, daß vier Prämiierungen, je eine von den vier Handwerkskammern, vorzunehmen gewesen seien. Die letzte derselben habe erst am 28. Mai stattgefunden. Im Winterturn sind die Urträge der Landesgewerbehalle genehmigt worden und den Vereinen wird demnächst Nachricht zugehen. Mit dem Vorschlag, die Prämiierung bei den einzelnen Vereinen vorzunehmen, kann sich der Herr Regierungsvertreter nicht einverstanden erklären, da dadurch ein Hauptzweck der Ausstellungen, mit der Zeit eine gewisse Einseitigkeit in der Beurteilung seitens der Prüfungskommissionen herbeizuführen, nicht erreicht werden würde. Im nächsten Jahre werde die Sache jedenfalls glatter vor sich gehen. Der Vertreter von Heidelberg machte die Gesellenprüfungen auf Östern verlegt wissen. Beha-Freiburg glaubt dies in Aussicht stellen zu können. Der Vertreter Heidelberg wünscht, daß man denjenigen Schülern, die in der Gewerbehalle in den Lehrlings- und Gesellenarbeiten, im praktischen Gesellenstück aber „sehr gut“ haben, dennoch dann die erste Prämie über diesen Fall zu. Streihguth-Lahr erklärte sich nach der von den vier Handwerkskammern gemachte Eingabe über die Abänderung der Submissionsbedingungen. Geh. Oberregierungsrat Braun: Der neue Entwurf, der in das Nestor des Finanzministeriums gehöre, werde den Handwerkskammern in nächster Zeit zur Begutachtung zugehen. Auf eine Anfrage seitens des Vertreters Ebert bezüglich der Auslegung der Uebergangsbestimmungen in Artikel 8 der Gewerbeordnungsgesetze erklärte der Regierungsvertreter, daß er immer die strengere Auslegung vertreten habe; er wolle, da in dieser Frage Zweifel bestehen, eine Entscheidung des Ministeriums herbeiführen. An der Diskussion beteiligten sich Ebert-Freiburg und Friedmann-Offenburg. Landtagsabgeordneter Fischer-Freiburg verbreitete sich über die gestern in Heidelberg stattgehabte Sitzung des Eisenbahnrates. Aus finanziellen Gründen müßten eine große Zahl unrentabler Züge anfallen; er wolle das heute hier schon feststellen. Nunmehr berichtete König-Mannheim über die Frage: „Warum ist in Mannheim das Mittelpreisverfahren gefallen?“ An verschiedenen Beispielen suchte Redner das Unhaltbare des Mittelpreisverfahrens nachzuweisen und rechtfertigte seinen angenommenen Standpunkt in dieser Frage. An der Diskussion beteiligten sich Ebert-Heidelberg und Hoffmann-Bruchsal; beide Redner hatten das Mittelpreisverfahren für nicht so verwerflich, wie es Herr König geschickt. Herr Hoffmann ann vertritt die Ansicht, daß bei Regelung des Submissionswesens, man sich wohl dem Mittelpreisverfahren nähern werde. Eine Reihe von Rednern waren noch eingeschrieben, doch wurde Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Versammlung um 2 Uhr durch den Präsidenten mit Dankworten geschlossen.

### Papst Leo XIII. †

(Telegramme.)

Rom, 27. Juli. Die Arbeiten zur Herrichtung der Räumlichkeiten für das Konkilave werden fortgesetzt. Kardinal Rampolla hat den Vatikan verlassen, um in dem Palais Wohnung zu nehmen, welches ihm als Erzpriester von St. Peter gehört. Die „Voce della verita“ meldet, man habe sich entschlossen, die allgemeinen Anordnungen nach den Plänen Respignanos vom Jahre 1878 beizubehalten.

Rom, 27. Juli. Der hier eingetroffene Kardinal-erzbischof von Baltimore, Gibbons, hat einem Berichterstatter erklärt: „Wir sind uns aller Schwierigkeiten bewußt, dem dahingeschiedenen Papste Leo XIII. einen würdigen Nachfolger zu geben. Dem neuen Papste wird die schwere Aufgabe zufallen, die Interessen der Kirche mit den Bedürfnissen des 20. Jahrhunderts zu vereinigen.“

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Roßburg, 27. Juli. Fürst Ferdinand von Bulgarien mit Gefolge ist heute früh 8 Uhr 40 Min. hier eingetroffen.

Gleiwitz, 27. Juli. Der „Oberschlesische Wanderer“ meldet: Wegen des am 25. Juni bei der Stichwahl im Zabrze vor dem Geschäftshause des „Oberschlesischen Wanderers“ entstandenen Wahlkampfes sind gegen 50 Arbeiter aus Zabrze Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben worden. 9 Personen sind gestern verhaftet worden; 5 Verhaftungen sollen noch vorgenommen werden.

Frankfurt, 27. Juli. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New-York gemeldet: In Danville, Illinois, stürzte ein Volkshaus das Gefängnis, um einen Schwarzen, der eine weiße Frau angegriffen hatte, zu lynchen. Die Gefängniswärter zogen scharf, töteten einen Weißen und verletzten drei schwer. Der Volkshaus gewann schließlich die Oberhand, trampelte einen Neger zu Tode und verbrannte einen anderen, welcher einen Weißen verwundet hatte.

Wien, 27. Juli. An Stelle des verstorbenen Reichsfinanzministers v. Kallay ist der bisherige österreichisch-ungarische Gesandte in Athen, Frhr. v. Burian, zum Reichsfinanzminister ernannt worden.

Grenoble, 27. Juli. Der Maire von Grenoble, Jay, hat sein Amt niedergelegt, weil er bei der gestrigen Senatswahl gegen den ministeriellen Kandidaten Ribet unterlegen ist. Die Anhänger Ribets hatten dem Ministerpräsidenten eine Depesche gesandt, in der es heißt, daß die Wählerchaft des Departements Jzere dem Ministerpräsidenten Combes und seinem Sohne gegen die anlässlich der Kartäuferraffäre eine so gehässige Kampagne geführt worden sei, eine glänzende Genugung habe gewähren wollen.

London, 27. Juli. Seine Majestät der Deutsche Kaiser hat anlässlich der Aufnahme des Hafens von Dover in die Reihe der Anlaufhäfen der transozeanischen deutschen Dampfer an Generaldirektor Vallin der Hamburg-Amerika-Linie ein Telegramm gerichtet, in dem er seiner Freude Ausdruck gibt über den mit dem Dampfer „Prinz Sigismund“ glücklich vollzogenen ersten Versuch und dann fortfährt:

Mit der Aufnahme Dovers ist ein von englischer Seite an mich herangetretener Wunsch in Erfüllung gegangen und es wird dies sicherlich dazu beitragen, die gegenseitigen friedlichen Beziehungen der beiden Nationen noch weiter auszugestalten und enger zu knüpfen.

London, 27. Juli. Der „Times“ wird aus Tokio unter dem gestrigen Datum gemeldet: Die beunruhigenden telegraphischen Nachrichten über Kriegsvorbereitungen Japans, die in England veröffentlicht worden sind, sind völlig unbegründet. Zweifellos wächst in Japan die Entrüstung über Russlands Vorhaben; aber die Nation und die Regierung bewahren ihre Ruhe.

Stockholm, 27. Juli. Seine Majestät der König genehmigte heute das Entlassungsgesuch des Kriegsministers v. Crujeboern und ernannte den Oberst Virgim, Chef des 1. Svea-Artillerie-Regiments, zum Kriegsminister.

St. Petersburg, 27. Juli. Der Bischof von Kischinev hat auf Anordnung des Oberprokurators des heiligen Synods die Geistlichkeit angewiesen, in der Kirche durch Predigten und außerhalb derselben durch Belehrung auf die orthodoxe Bevölkerung einzuwirken, damit der religiöse Haß gegen die Juden schwinde.

Konstantinopel, 27. Juli. Marineminister Saffan Pascha ist in letzter Nacht gestorben.

Konstantinopel, 27. Juli. Heute wird der erste Spatenstich zum Bau der Bahnstrecke Komia-Cregli getan.

### Verschiedenes.

Nennes, 27. Juli. Der in großem Ansehen stehende Kaufmann Grimault ist verhaftet worden, weil er der hiesigen Handelskammer etwa 120 000 Francs veruntreut haben soll.

Ulasgow, 27. Juli. (Telegr.) Auf der Station Sainte-nochs fand heute morgen ein Eisenbahnunglück statt, bei dem 6 Personen ums Leben kamen.

Ulasgow, 27. Juli. (Telegr.) Bei dem aus Sanktlenochs gemeldeten Eisenbahnunglück sind nach späteren Mitteilungen 13 Personen getötet und 20 verletzt worden. Der Zug führte viele Ausflügler mit sich, die von der Insel zurückkehrten.

### Wetter am Sonntag, den 26. Juli 1903.

Hamburg, Neufahrwasser und Chemnitz heiter; Münster ziemlich heiter; Breslau und Metz nachmittags Regen; Wien und München nachts Regen.

### Wetternachrichten aus dem Süden

vom 27. Juli 1903, vormittags 7 Uhr. Triest bedeckt 22 Grad; Vizza halbbedeckt 20 Grad; Florenz bedeckt 20 Grad; Rom halbbedeckt 19 Grad.

### Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. vom 27. Juli 1903.

Während flache Depressionen über Westrußland und über Island liegen, wird Mitteleuropa von hohem Druck bedeckt; in seinem Bereich ist das Wetter meist heiter und warm, doch verursacht ein Teilminimum, das über der Helgoländer Bucht zu erkennen ist, in Nordwestdeutschland Regenschauer. Da die Luftdruckverteilung nicht sehr gleichmäßig erscheint, so ist unbeständiges und zu Gewittern geneigtes Wetter zu erwarten.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Abf.	Feuchtigk.	Wind	Wimmel
	mm	in C.	in mm	in %		
24. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	752.0	16.0	10.4	77	SW	bedeckt
25. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	753.6	14.4	10.6	87	SW	bedeckt
25. Mittags 7 <sup>00</sup> U.	753.2	21.0	11.0	60	SW	dunstig
25. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	752.8	16.4	11.8	85	E	heiter
26. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	751.6	13.8	9.9	85	SW	bedeckt
26. Mittags 7 <sup>00</sup> U.	749.4	24.8	11.5	50	SW	bedeckt

Höchste Temperatur am 24. Juli: 20.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 13.5.

Niederschlagsmenge des 24. Juli: 3.0 mm.

Höchste Temperatur am 25. Juli: 23.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.3.

Niederschlagsmenge des 25. Juli: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 25. Juli: 5.14 m, gestiegen 3 cm. — 26. Juli: 5.26 m, gestiegen 12 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe.

### Anzeigen

finden weiteste Verbreitung in der über ganz Baden gleichmäßig verteilten Karlsruher Zeitung.



Telephon 1720 Gegründet 1865

## J. L. DISTELHORST

Hofmöbel-Fabrik  
Nachf.: Wilh. Distelhorst u. Robert Krieg

**KARLSRUHE i. B.**  
Waldstrasse Nr. 32

### Komplette Einrichtungen

Salons-, Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohn-  
zimmer in allen Stilarten und Preislagen

**Polster-Möbel \* Antike Möbel**

**INNEN-DEKORATIONEN**  
Spachtel-Vorhänge  
Stores etc.

**ÖLGEMÄLDE**

---

Goldene Medaillen und Ehrendiplome

PARIS - LONDON - ANTWERPEN -  
AMSTERDAM - CHICAGO (zwei erste Preise) - FRANKFURT a. M. -  
BERLIN - MÜNCHEN - STRASSBURG i. E. - BADEN-BADEN -  
KARLSRUHE - MANNHEIM

## Für die Schulferien

empfehlen: C 505 2

### praktische Knaben-Anzüge

(in Woll- und Waschstoffen),  
einzelne Blusen, Hosen, Joppen  
(in Woll- und Waschstoffen),  
Capes, Peajackets und Havelocks.

Sämtliche Artikel werden zu bedeutend herab-  
gesetzten Preisen ausverkauft.

== Nur gute, dauerhafte Qualitäten. ==

Ausserdem empfehlen mehrere Dutzend  
Knaben-Anzüge  
worauf wir 20% Skonto bewilligen.

## Spiegel & Wels

Kaiserstr. 76, Marktplatz. Teleph. 1207.

Versäumen Sie nicht, vor Anschaffung eines

## Klaviers

sich an die Firma **M. Hack, Karlsruhe**, Ecke der Krieg-  
und Ruppurrerstrasse 2, 2 Treppen, zu wenden.  
Dort finden Sie die schönste Auswahl vom billigsten **Lern-  
klavier** bis zum ideal vollkommensten **Concert-Pianino**.  
Die Ersparnisse für Ladenmiete, Geschäftsführer, Buchhalter etc.  
lässt die Firma ihren Käufern zugut kommen, daher kann man  
bei ihr erstaunlich billig. Der grosse, stets wachsende Umsatz  
ist der beste Beweis. Gespielte Instrumente werden in Tausch  
genommen. Abschlagszahlungen bewilligt.  
Reparaturen und Stimmungen von Klavieren werden  
zuverlässig und billig besorgt. K. 126 25

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe

## Badische Rechtspraxis

Dr. Donthan, Dr. Heilmann, Dr. Schöngert, Dr. Berner  
Dr. Glöckner, Dr. Heilmann, Dr. Heilmann, Dr. Heilmann  
Annalen der Großh. Badischen Gerichte  
Organ der Badischen Anwaltskammer  
Erscheinet alle 14 Tage. Preis 30 Pf. bei direkter Bestellung. Preis 3 Mk. halbjährlich.

## W. Stoesser, Bankgeschäft

Karlsruhe (Baden)  
Zirkel 25 a, Eingang Ritterstrasse. B'634.7

### Leopold Kölsch

## Weiss & Kölsch Detail

Karlsruhe  
211 Kaiserstrasse 211.  
Spezialität:  
**Herren-Hemden n. M.**  
Bester Sitz. Beste Stoffe.  
Qual. 1903 glatter Einsatz  
Mk. 22.— per 1/4 Dtzd.

**Hotel**  
mit elektr. Licht, Wasserleitung etc., gr.  
neuer Saal mit Parkettfußboden, 8  
Fremdenzimmern, Garten etc. für den  
billigen Preis von Mk. 80 000 bei einer  
Anzahlung von Mk. 15 000

### zu verkaufen.

Verbrauch in dem Besitzum ist:  
Weinverbrauch ca. Mk. 8500 pro Jahr,  
Bierumsatz ca. 200 Hekto pro Jahr,  
Mineralwasser ca. 4800 Flaschen pro  
Jahr, Kognat und Liköre für ca. Mk.  
500 pro Jahr, Kaffee, Tee, Kakao für  
ca. Mk. 400, Zigarren für ca. Mk. 1200,  
Logisermahne ca. Mk. 4000, Hotel-  
wagenertrag ca. Mk. 700.  
Offerten erbitten unter **Z. W. 37173**  
an **Haafenstein & Vogler, A.-G.,**  
Frankfurt a. M. C 596 1

### Stelle für einen Kameralisten.

Bei der Fürstlich Fürstentum  
Verwaltung ist die Stelle des Vor-  
standes der mit dem Rentamt ver-  
einigten Fürstlichen Hauptkasse in Do-  
naueschingen mit einem wissenschaftlich  
gebildeten Kameralisten zu besetzen,  
welcher die höheren Finanzdienstver-  
richtungen mit gutem Erfolge bestanden  
und schon längere Zeit einen Kassien-  
dienst geführt hat. Bewerber, welche  
im Amtswesen bewandert sind, erhalten  
den Vorzug. C 597.2.1  
Anfangsgehalt je nach der Ge-  
schäftstätigkeit 4000 bis 4500 M.  
Bewerber wollen ihre Gesuche und  
Zeugnisse mit Angabe ihrer persön-  
lichen Verhältnisse und ihres Studien-  
ganges binnen 3 Wochen bei der Fürst-  
lichen Kammer in Donaueschingen ein-  
reichen.

### Anstellung eines Referendärs

Die Stelle eines Referendärs mit  
einem vorläufigen Jahresgehalt von  
2400 M. wird nochmals mit dem Bei-  
fügung ausgeschrieben, daß die etats-  
mäßige Anstellung als Grundbuch-  
beamter nach Maßgabe des städtischen  
Beamtenstatuts in Aussicht genom-  
men ist. C 601.2.1  
Bewerbungen wollen binnen 14 Ta-  
gen anber eingereicht werden.  
Freiburg i. Br., den 25. Juli 1903.  
Das Grundbuchamt:  
B. Warbe.

In einem sehr verkehrsreichen Orte  
mit ganz bedeutendem Bahnver-  
kehr, eine Minute vom Hauptbahnhof  
entfernt, ist ein in jeder Weise zeit-  
gemäß eingerichtetes

## Hotel,

konkurrenzlos am Platz, Familien-  
verhältnisse halber für den billigen Preis  
von Mk. 135 000  
**zu verkaufen.**  
Einnahme und Umsatz:  
Logisermahne ca. Mk. 5000 pro Jahr,  
Bierverbrauch ca. 700 Hekto,  
Weinumsatz ca. Mk. 4000,  
Zigarren 70-80 Tausend  
außerdem noch sehr viel Liköre, Selters-  
wasser, Kaffee etc. C 595.1  
Anzahlung mind. Mk. 25 000.  
Reflektanten erfahren Näheres unter  
**L. L. 7171** durch **Haafenstein &  
Vogler, A.-G. Frankfurt a. M.**

### Bürgerliche Rechtskreise.

**Konkur.**  
C. 565. Nr. 26 096. Seidelberg.  
Das Konkursverfahren über das Ver-  
mögen der Firma **Gebrüder Hoffmann**,  
offene Handelsgesellschaft in Redar-  
genheim, wurde nach erfolgter Abzah-  
lung des Schlußtermins und Vollzug  
der Schlußverteilung durch Gerichts-  
beschluß vom 24. Juli 1903 aufgehoben,  
was hiermit veröffentlicht wird.  
Seidelberg, den 25. Juli 1903.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts,  
Favian.  
C. 566. Nr. 17 157. Billingen.  
In dem Konkursverfahren über das  
Vermögen des Gastwirts **Emil Weiser**  
zum Auerhahn in Unterfinnach, ist zur  
Prüfung einer nachträglich angemel-  
deten Forderung Termin auf  
Montag, den 24. August 1903,  
vormittags 11 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-  
selbst anberaumt.  
Billingen, den 22. Juli 1903.  
E. Bernauer,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

C. 562. Nr. 8023. Kenzingen.  
Ueber den Nachlaß des Landwirts  
**Kaber Engler** jung in Kenzingen wird  
heute am 25. Juli 1903, vormittags  
10 Uhr, das Konkursverfahren er-  
öffnet.  
Der Kaufmann **Albert Eug** in  
Kenzingen wird zum Konkursverwalter  
ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum  
18. August 1903 bei dem Gerichte an-  
zumelden.  
Es wird Termin anberaumt vor  
dem diesseitigen Gerichte zur Be-  
schlußfassung über die Verbehal-  
tung des ernannten oder die Wahl  
eines andern Verwalters, sowie  
über die Bestellung eines Gläubiger-  
ausschusses und eintretenden  
Falls über die in § 132 der Kon-  
kursordnung bezeichneten Gegenstände,  
ferner zur Prüfung der angemeldeten  
Forderungen auf  
Dienstag, den 25. August 1903,  
nachmittags 2 Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur  
Konkursmasse gehörige Sache in Be-  
sitz haben oder zur Konkursmasse et-  
was schuldig sind, wird aufgegeben,  
nichts an den Gemeinsschuldner zu ver-  
abfolgen oder zu leisten, auch die Ver-  
pflichtung auferlegt, von dem Besitze  
der Sache und von den Forderungen,  
für welche sie aus der Sache abgefor-  
derte Befriedigung in Anspruch neh-  
men, dem Konkursverwalter bis zum  
18. August 1903 Anzeige zu machen.  
Großh. Amtsgericht zu Kenzingen.  
gez. Dr. Schöberg.  
Dies veröffentlicht  
Der Gerichtsschreiber  
J. B.  
Kömer.

C. 564. Nr. 1855. Mannheim.  
Ueber das Vermögen des Wagenbauers  
**Bernhard Roth** in Mannheim, R. 4. 2,  
wurde heute nachmittags halb 6 Uhr  
das Konkursverfahren eröffnet.  
Zum Konkursverwalter ist ernannt:  
Kaufmann **Friedrich Bühler** in Mann-  
heim.  
Konkursforderungen sind bis zum  
19. August 1903 bei dem Gerichte an-  
zumelden.  
Zugleich ist zur Beschlußfassung  
über die Wahl eines definitiven Ver-  
walters, über die Bestellung eines  
Gläubigerausschusses und eintretenden  
Falls über die in § 132 der Kon-  
kursordnung bezeichneten Gegen-  
stände, sowie zur Prüfung der ange-  
meldeten Forderungen auf  
Donnerstag, den 27. August 1903,  
vormittags halb 11 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgerichte, Abt. 3,  
Zimmer Nr. 2, Termin anberaumt.  
Allen Personen, welche eine zur  
Konkursmasse gehörige Sache in Be-  
sitz haben oder zur Konkursmasse et-  
was schuldig sind, wird aufgegeben,  
nichts an den Gemeinsschuldner zu ver-  
abfolgen oder zu leisten, auch die Ver-  
pflichtung auferlegt, von dem Besitze  
der Sache und von den Forderungen,  
für welche sie aus der Sache abgefor-  
derte Befriedigung in Anspruch neh-  
men, dem Konkursverwalter bis zum  
19. August 1903 Anzeige zu machen.  
Mannheim, den 24. Juli 1903.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:  
Wohr.

C. 563. Nr. 1441. Mannheim. In  
dem Konkursverfahren über das Ver-  
mögen des Kaufmanns **Heinrich  
Stubenrath** in Ladenburg ist infolge  
eines von dem Gemeinsschuldner ge-  
machtten Vorschlags zu einem Zwangs-  
vergleich Vergleichstermin anberaumt  
auf:  
Donnerstag, den 13. August 1903,  
vormittags 10 Uhr,  
vor dem Amtsgerichte hier. Sälhof,  
Erbschhof, Zimmer Nr. 27. — Der  
Vergleichsvorschlag und die Erklärung  
des Gläubigerausschusses liegen auf  
Gerichtsschreiber 8, Zimmer Nr. 31,  
zur Einsicht der Beteiligten nieder.  
Mannheim, den 25. Juli 1903.  
Wohr,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 8.  
C. 567. Radolfzell. In dem Kon-  
kursverfahren über das Vermögen des  
an unbefangenen Orten abwesenden  
Baumiernehmers **August Schreiber**  
von Gailingen ist zur Prüfung einer  
nachträglich angemeldeten Forderung  
Termin auf  
Mittwoch, den 26. August 1903,  
vormittags 11 Uhr,  
vor dem Gr. Amtsgerichte hier selbst  
anberaumt.  
Radolfzell, den 23. Juli 1903.  
Gnaebig,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
C. 569. Nr. 27 170. Freiburg.  
In dem Konkursverfahren über das  
Vermögen der Firma **Erte bad. Kog-  
nabrennerei Max Adlbe u. Kessel-  
heim**, vorm. **Franz Neutti Nachf.**, in  
Freiburg, Inhaber **Max Adlbe** und  
**Stefan Kesselheim**, Kaufleute hier, ist  
zur Prüfung nachträglich angemel-  
deter Forderungen Termin auf  
Mittwoch, den 26. August 1903,  
vormittags 9 Uhr,  
vor dem Gr. Amtsgerichte hier, Zim-  
mer Nr. 8, anberaumt.  
Freiburg, den 24. Juli 1903.  
Zimmermann,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
C. 568. Nr. 15 016. Konstanz.  
In dem Konkursverfahren über das  
Vermögen des **Steinhauers**

**Karl Kuchelmeister** in Allensbach  
Termin zur Prüfung nachträglich  
gemeldeter Forderungen bestimmt auf:  
Freitag, den 14. August 1903,  
vormittags 9 Uhr.  
Konstanz, den 23. Juli 1903.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
J. B.:  
Kauls.

**Errata des Verlags.**  
Öffentliche Ladung.  
C. 591.3.2.1. Säckingen. Der am  
20. September 1871 in Roddau  
Gemeinde Wehrhalden, geborene,  
legt in Karlsruhe wohnhafte ledige Land-  
wirt  
**Reinhard Frei**  
wird beschuldigt, als beurlaubter  
Mann ohne Erlaubnis nach Säckingen  
ausgewandert zu sein.  
Leberrettung nach § 360 Biff.  
R. St. G. B.  
Derselbe wird auf Anordnung des  
Großh. Amtsgerichts hier selbst auf:  
Donnerstag, den 10. September 1903,  
vormittags 9 Uhr,  
vor das Großh. Schöffengericht  
Säckingen zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben  
wird derselbe auf Grund der nach  
§ 472 St. P. O. von dem Bezirkskom-  
mando hier ausgeteilten Erklärung  
ausgewählten Ermittlung verurteilt  
werden.  
Säckingen, den 22. Juli 1903.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
J. B.:  
Kauls.

**Ladung.**  
C. 590.3.2.1. Mannheim. Der am  
18. Oktober 1872 in Wollbach geborene  
**Müller Johann Böhmlein**, zuletzt  
wohnhaft in Mannheim, zurzeit un-  
bekannt wo, wird beschuldigt, daß er als  
Bekehrter ohne Erlaubnis aus-  
gewandert ist.  
Leberrettung gegen § 360 Biff.  
R. St. G. B.  
Derselbe wird auf Anordnung des  
Gr. Amtsgerichts — Abt. 12 — hier  
selbst auf:  
Donnerstag, den 8. Oktober 1903,  
vormittags 8 Uhr,  
vor das Gr. Schöffengericht hier zur  
Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben  
wird derselbe auf Grund der nach  
§ 472 St. P. O. von dem Bezirkskom-  
mando hier ausgeteilten Erklärung  
vom 6. Juli 1903 verurteilt werden.  
Mannheim, den 23. Juli 1903.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:  
K. Bernauer.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Zur Erweiterung des **Niederrhein-  
Mühlheim** sollen nachgezeichnete Ar-  
beiten zusammen im öffentlichen Ver-  
dingungswege vergeben werden:  
Erdarbeiten 180 cbm,  
Fundament-, Schichten- und  
dermauerwerk 255 cbm,  
Herstellen von Straßengefüß  
600 qm.  
Angebote auf diese Arbeiten sind  
verschlöselt, portofrei und mit ent-  
sprechender Aufschrift versehen, spä-  
stens bis  
C. 600.3.  
Samstag, den 8. August d. J.,  
nachmittags 4 Uhr,  
bei dem Unterzeichneten einzureichen.  
Bedingungsheft und Zeichnungen lie-  
gen auf der Kassei des Unterzeichne-  
ten zur Einsicht auf. Dasselbe können  
auch Angebotsformulare erhoben wer-  
den. Nach auswärts werden Bedin-  
gungshefte nicht abgegeben.  
Basel, den 24. Juli 1903.  
Der Großh. Bahnbaupinspector.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Die am 1. August l. J. für den  
Eisfahrgüterverkehr zur Eröffnung der  
langende Station **Sachsenflur** wird in der  
badischen Gütertarif vom 20. August  
1901 aufgenommen. Die Entfernungs-  
und Frachttarife sind bei unseren  
Stellen zu erfahren.  
Karlsruhe, den 24. Juli 1903.  
Großh. Generaldirektion.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. August 1903  
werden die Frachtgegenstände **Per-  
sulfidmangan (Siliciummangan)** im  
Sachsenflur (Manganerz) im  
hergestellt auf der badischen  
direkten Verkehr wie **Roßeisen**  
Spezialtarif III abgefertigt.  
Karlsruhe, den 24. Juli 1903.  
Großh. Generaldirektion.

## Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Bei unterfertigtem Bestätigung  
wird die **Volontärstelle für  
Rechtspraktikanten** auf 1. Oktober  
frei.  
Bonnard, den 22. Juli 1903.  
Großh. Bezirksamt:  
Dr. Baur.